

FORDERUNGSPAPIER DER TRÄGERSTÄDTE VON KRANKENHÄUSERN DER MAXIMALVERSORUNG



Stadt  **Braunschweig**


OB Dr. Thorsten Kornblum

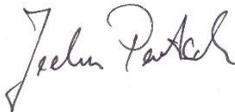
 **skbs** STÄDTISCHES KLINIKUM
BRAUNSCHWEIG

 **CHEMNITZ**
KULTURHAUPTSTADT
EUROPAS 2025


OB Sven Schulze

 **KLINIKUM CHEMNITZ**
gGmbH
Krankenhaus der Maximalversorgung
Medizincampus Chemnitz der Technischen Universität Dresden
Akademisches Lehrkrankenhaus der Universitäten Leipzig und Dresden

Wissenschaftsstadt
Darmstadt 


OB Jochen Partsch

Klinikum Darmstadt GmbH
Akademisches
Lehrkrankenhaus 

Stadt Dortmund 


OB Thomas Westphal

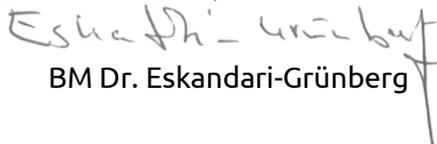
 **KLINIKUM DO**

 **Dresden.**
Dresdner


OB Dirk Hilbert

 Städtisches Klinikum
Dresden

STADT  FRANKFURT AM MAIN


BM Dr. Eskandari-Grünberg

 **varisano**
Klinikum Frankfurt Höchst



Heiko Wingenf

OB Dr. Heiko Wingenf



Klinikum Fulda

Universitätsmedizin Marburg - Campus Fulda



C. Kaminsky

OB Claus Kaminsky



H | N

Heilbronn

H. Mergel

OB Harry Mergel

SLK-Kliniken



Frank Mentrup

OB Dr. Frank Mentrup



Städtisches Klinikum Karlsruhe

Kassel

documenta Stadt

Christian Geselle

OB Christian Geselle

Gesundheit Nordhessen
Holding AG



Stadt Köln

Henriette Reker

OB Henriette Reker



Kliniken Köln

Beste Medizin für alle.



Stadt Leipzig

Burkhard Jung

OB Burkhard Jung

Klinikum | **St.GEORG**

m | ottostadt
magdeburg

Simone Borris

OB Simone Borris



Dieter Reiter

OB Dieter Reiter

m⁺k
MÜNCHEN
KLINIK



Marcus König

OB Marcus König

Klinikum Nürnberg

wir sind für Sie da!



Landeshauptstadt
Potsdam

Mike Schubert

OB Mike Schubert

ERNST VON
BERGMANN
KLINIKUM POTSDAM



OB Uwe Conradt

OB Dr. Frank Nopper



**Kommunale Krankenhäuser der Maximalversorgung:
dringliche Reform- und Finanzierungsbedarfe**

(Gemeinsames Schreiben von 19 Trägerstädten an die Gesundheitsminister
des Bundes und der Länder vom 1. März 2023)

Sehr geehrter Herr Bundesminister,
sehr geehrte Frau Ministerin,
sehr geehrter Herr Minister,

mit einem äußerst dringlichen Anliegen wenden wir uns heute an Sie als Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister von Städten, welche allesamt Träger eines Klinikums der Maximalversorgung sind. Wir sind in tiefer Sorge um die Zukunftsfähigkeit unserer kommunal getragenen und finanzierten Kliniken der Maximalversorgung. Bitte unterstützen Sie uns in der aktuellen, von uns begrüßten und für dringend erforderlich gehaltenen Diskussion um grundlegende Reformen der Krankenhausfinanzierung und –planung.

Krankenhäuser der Maximalversorgung sind das Rückgrat der stationären medizinischen Versorgung in Deutschland. Dies haben sie während der Corona-Pandemie eindrücklich unter Beweis gestellt. Im Unterschied zu anderen Krankenhäusern erfüllen sie eine umfassende regionale Versorgungsfunktion, weit über ihre Standortgemeinde hinaus.

Universitäre und kommunale Kliniken der Maximalversorgung haben dabei ein weitgehend identisches Leistungsprofil in der Patientenversorgung. Sie erbringen für eine ganze Region hochdifferenzierte und komplexe Leistungen. Aber die Finanzierung ist sehr unterschiedlich: Die Existenz der Universitätskliniken wird über den Landeshaushalt gesichert. Die Finanzierung der kommunalen Maximalversorger muss notfalls allein der städtische Haushalt sicherstellen.

Dieser Zustand herrscht nun leider schon seit Jahren. Wenn nicht sehr bald grundlegend veränderte Rahmenbedingungen für die Leistungserbringung der Krankenhäuser beschlossen werden, steht die Existenz der kommunalen Maximalversorgungskliniken und die damit verbundene Versorgung unserer Regionen ohne wettbewerbsorientierte Patientinnen- und Patienten- bzw. Leistungsselektion auf dem Spiel. Viele unserer Häuser schreiben seit dem Jahr 2020 jährliche Defizite in zwei- bis dreistelliger Millionenhöhe zu Lasten ohnehin hochgradig belasteter städtischer Haushalte.

Hinzu kommen wegen des bestehenden massiven Investitionsstaus umfangreiche und dringend notwendige Investitionsprojekte für Neubauten, Sanierungen und Modernisierungen. Die Investitionskostenfinanzierung der Länder, die die vollständige Finanzierung dieser bei Maximalversorgern nicht selten etliche hundert Millionen Euro umfassenden Vorhaben gewährleisten müsste, ist seit langem erheblich unterdotiert. So belasten die Folgen des massiven langjährigen Investitionsstaus unsere zunehmend überforderten städtischen Haushalte zusätzlich.

Bitte helfen Sie im Interesse der Patientinnen, Patienten und Beschäftigten, dass die Zukunftsfähigkeit und Finanzierung unserer kommunalen Krankenhäuser der Maximalversorgung genauso gesichert wird wie die der Universitätskliniken. In der aktuellen grundlegenden Reformdiskussion verweisen wir hierbei auf die beigefügten Beschlüsse des Deutschen Städtetages vom Juni 2021 („Auskömmliche Finanzierung für kommunale Großkrankenhäuser – jetzt!“) sowie vom Januar 2023 („Notrettung von Krankenhäusern – Strukturverbesserungen in der Gesundheitsversorgung“).

Aus Sicht der Trägerstädte kommunaler Krankenhäuser der Maximalversorgung bestehen in der aktuellen Krisensituation und bei den anstehenden Reformen folgende Zentralforderungen:

- kurzfristig: Sicherstellung der Refinanzierung erheblicher Erlösausfälle sowie massiv gestiegener Energie- und Sachkosten, auch zur Sicherstellung der erforderlichen Liquidität,
- künftige Einteilung der Krankenhäuser in klar abgegrenzte Versorgungsstufen und -rollen mit korrespondierenden Abrechnungsmöglichkeiten und zugeordneten Leistungsgruppen,
- keine Sonderregelungen oder -stufen für Universitätskliniken gegenüber kommunalen Maximalversorgern, einschließlich einheitlicher Versorgungs- und Abrechnungsmöglichkeiten für Krankenhausambulanzen als Ergänzung zum niedergelassenen Bereich,
- auskömmliche Betriebskostenfinanzierung durch die Ergänzung adäquater Fallpauschalen um Vorhaltepauschalen, insbesondere zur Abdeckung der Kosten jederzeit vorgehaltener Versorgungsinfrastruktur in nicht planbaren Leistungsbereichen wie den Notaufnahmen,
- Auflösung des milliardenschweren Sanierungsstaus in der Investitionsförderung durch erhöhte Mittelbereitstellung der Länder unter Beteiligung des Bundes,
- reformierte Krankenhausplanung, die die regional vorzuhaltenden Kapazitäten der jeweiligen Versorgungsstufen und deren laufende und investive Finanzierung aufeinander abstimmt.

Bitte helfen Sie uns auf diese Weise, dass wir auch künftig mit unseren kommunalen Krankenhäusern der Maximalversorgung als konstitutivem Bestandteil der Krankenhauslandschaft zum Wohle der Bevölkerung unseren Beitrag zur regionalen Daseinsvorsorge erbringen können.

Mit freundlichen Grüßen

Die Unterzeichnerstädte
(siehe Unterschriftenliste)